



## Liebe Genossinnen und Genossen!

Anlaß unserer heutigen Zusammenkunft ist der 65. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD zu Sozialistischer Einheitspartei Deutschlands. Wir haben unsere Position zu diesem entscheidenden historischen Ereignis vor einem halben Jahrzehnt umrissen, und das ist in einer Beilage des „RotFuchs“ mit dem Titel „Als die Arbeiterinheit vollzogen wurde“ nachzulesen. Zudem hat Klaus Steiniger jüngst zwei seiner Leitartikel diesem Thema gewidmet. Ich verweise auf die Februar-Ausgabe 2011 „Deutschland braucht Kommunisten!“ und auf die vom April „Der Zwang zur Vereinigung“. In unserem Kreis darf ich diese Texte wohl als bekannt voraussetzen und deshalb auf Wiederholungen verzichten. Es gibt nach meiner Überzeugung keinerlei Grund, irgendwelche Abstriche daran vorzunehmen. Sie dokumentieren unmißverständlich das Hauptanliegen des „RotFuchs“. Die Einheit der Arbeiterbewegung, das Ringen um dafür unumgängliche Klarheit, praktische Förderung des Einheitsstrebens, Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch: Das war, ist und bleibt unser zentrales Thema.

Ich möchte deshalb so vorgehen: Fast zeitgleich mit unserer damaligen Veranstaltung zum 60. Jahrestag des Vereinigungsparteitags haben wir die Leitsätze des „RotFuchs“-Fördervereins beschlossen. Das war vor der jetzigen Krise des kapitalistischen Systems, die längst nicht zu Ende ist und deren Konsequenzen sich gerade erst abzeichnen. Die Lage hat sich beträchtlich verändert, und dieser Wandel der Kampfbedingungen setzt sich fort. Welche Zuspitzungen uns bevorstehen, ahnen wir, wissen es aber im einzelnen noch nicht. Wer vorgibt, alles schon bis aufs Komma vorhersagen zu können, dem sollte man mit einiger Skepsis begegnen.



**Not und Zerstörung zwangen zur Einheit**



**Der historische Händedruck von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD zur SED (April 1946)**

Es ist also kritisch zu prüfen, ob unsere Leitsätze weiterhin richtig sind, oder ob wir sie verändern müssen und auf unserer bevorstehenden Mitgliederversammlung eine überarbeitete Fassung zu beschließen haben. Hierüber gilt es zu debattieren, und wo nötig soll man darüber auch streiten. Ohne kameradschaftlichen Streit gab es unter Marxisten noch nie eine zur Vereinigung führende Willensbildung. Folgen wir also dem Grundsatz, unsere Theorie nicht als Dogma, sondern als Anleitung zum Handeln zu begreifen. Ich umreiß in diesem Sinne meine Position zu einigen grundlegenden Fragen des Kampfes um die Einheit und stelle sie damit zur Diskussion.

Der erste Leitsatz ist unser klares Bekenntnis zum wissenschaftlichen Sozialismus. Wir haben dargelegt, wie wir die Einheit der Ideen von Marx, Engels und Lenin verstehen und welcher Linie wir folgen, um den von ihnen gesetzten Maßstäben unter einschneidend veränderten Verhältnissen zu entsprechen. Hier darf es weder Wanken noch Weichen geben. Die Krise bestätigt eindrucksvoll die Richtigkeit unserer Weltanschauung. Sie hat jahrzehntelang vom Gegner in Umlauf gebrachte antimarxistische Lehrgebäude im Kern erschüttert.

## Der Kapitalismus stößt an seine Grenzen

Ich greife nur einen Problemkreis heraus: Wie will man denn die Überproduktions- und Finanzkrise und den Streit um diverse „Rettungsschirme“, die nichts anderes als die Abwälzung der Lasten auf die Steuerzahler zum Inhalt haben, theoretisch fassen? Es ist unmöglich, wenn man nicht das von Karl Marx aus seiner Gesamtanalyse des Kapitals abgeleitete Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate zum Ausgangspunkt nimmt. Das heißt keineswegs, nur

zu analysieren, wie der Kapitalismus funktioniert. Es geht zugleich darum, aufzudecken, wie diese Gesellschaftsordnung an ihre Grenzen stößt. Karl Marx hat mit gutem Grund hervorgehoben, daß wir es hierbei mit dem vom historischen Standpunkt aus wichtigsten Gesetz zu tun haben. Folglich stellt sich durch die Krise die Frage der Zusammenführung und Vereinigung aller Marxisten viel schärfer als noch vor fünf Jahren.

Rufe zur Einheit sind aus den meisten Gruppierungen des linken Spektrums zu vernehmen. Das wollen wir zunächst positiv vermerken.

Für alle, die sich zum Marxismus bekennen, sollte das auch selbstverständlich sein.

Doch es gibt auch eine andere Flanke des linken Spektrums. Die Mahnung, einig zu bleiben, hören wir gegenwärtig angesichts ihrer offenkundigen weltanschaulichen Zerrissenheit besonders oft aus den Reihen der Linkspartei. Das ist nicht verwunderlich. Wir haben vor wenigen Tagen ein „Superwahljahr“ hinter uns gelassen. Die Ergebnisse sind für die PDL nicht gerade berauschend. Nun kennen wir das geflügelte Wort: „Wenn sich durch Wahlen etwas am kapitalistischen System ändern ließe, wären sie längst verboten!“ Aber man darf nicht übersehen: Wahlen geben Auskunft über die Stimmungslage. Sie verdeutlichen, was die Bürger den einzelnen Parteien zutrauen und was nicht. Sozialreformisten, die sich von der bürgerlichen Demokratie so viel erhoffen, haben – in diesen Krisenzeiten, in denen linke Parteien in der Regel zulegen – offenkundig ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Die Einheitsfrage hat also inhaltlich unterschiedliche Ebenen, die nicht miteinander verwechselt werden dürfen.

Relativ einfach zu verstehen und durchsichtig ist die Sache, wenn es um die Aktionseinheit geht. Im Kampf um den Frieden, bei der Abwehr imperialistischer militärischer Gewalt im abermals aufflammenden Kampf um die Neuaufteilung der Welt, ist es selbstverständlich, daß wir mit allen anderen Friedenskräften in einer Reihe stehen. Das gilt ebenso für die Verteidigung der Demokratie – mag es auch



**Lenin 1922 in Gorki bei Moskau**



**Berliner Trümmerfrauen (1946)**

eine bürgerliche sein – gegen faschistoide und faschistische Gefahren. Im 7. Leitsatz ist das unmißverständlich formuliert.

### **Klare antifaschistische Haltung der PDL**

Wir begrüßen es, daß in den Programmentwurf der PDL ein Bekenntnis zum Schwur von Buchenwald Eingang gefunden hat. Wir schätzen

es hoch, daß Die Linke als einzige der im Bundestag und in verschiedenen Länderparlamenten vertretenen Parteien zur Friedensfrage einen richtigen Standpunkt bezieht. Das und ihre antifaschistische Haltung sind gute Gründe, sie bei Wahlen in der Regel zu unterstützen. Wir wollen nicht, daß immer mehr Mitbürger gar nicht mehr zur Wahl gehen und damit faktisch – selbst wenn sie es keineswegs beabsichtigen – reaktionären Parteien helfen.

Wenn es also um Frieden und Demokratie geht, um die Verteidigung und den Ausbau sozialer Rechte der Werktätigen, um Gleichberechtigung der Frau, Rentengerechtigkeit, um sinnvolle Aktionen zur Verhinderung einer ökologischen Katastrophe, um Bildungschancen für alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, wenn es gegen Diskriminierung von Ausländern und wider den Rassismus geht, kann man stets auf uns bauen. Wir vertreten keineswegs die Meinung, nur Aktionen, die direkt auf den Sturz des Kapitalismus zielten, verdienen Förderung. Seit dem Manifest der Kommunistischen Partei haben marxistische Parteiprogramme immer einen gewichtigen Teil enthalten, der Minimalforderungen – den jeweiligen Zeitumständen entsprechende unmittelbare Ziele – festschrieb. Das muß auch so sein. Wir wissen, daß Klassenbewußtsein nicht allein – und nicht einmal in erster Linie – dem Studium theoretischer Schriften entspringt. Es entsteht und festigt sich vor allem dadurch, daß praktische Erfahrungen der Menschen auf die Ebene bewußter Einsicht gehoben werden. Das kann nur gelingen, wenn die Mitbürger sehen: Sozialisten und Kommunisten sind im Kampf um konkret zu lösende Probleme stets in den vordersten Reihen zu finden.

Das ist unsere Stellung zur Aktionseinheit. Wir sind Gegner des Sekretariats. Wir sind streitbare proletarische Internationalisten und



**Präsident Pieck im Gespräch mit Bauarbeitern (1951)**

verneinen gerade deshalb entschieden nationalen Nihilismus, wie ihn beispielsweise die sogenannten Antideutschen propagieren.

Politische Scheidelinien ergeben sich also keineswegs daraus, daß Revolution und Reform prinzipiell unvereinbar wären.

So weit – denke ich – ist das klar.

Anders als auf der Ebene der Aktionseinheit verhält es sich jedoch, wenn es um Vereinigung geht, um das Ziel, in Deutschland wieder eine politisch ins Gewicht fallende Vorhut der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu formen. Dann haben wir es ohne Zweifel mit einem scharfen Gegensatz von revolutionärem Marxismus und opportunistischem Sozialreformismus zu tun.

Angesichts der organisatorischen Zersplitterung ist festzuhalten: Es geht keineswegs allein um zeitweilige taktische Differenzen, die zu überbrücken man mehr oder weniger geneigt sein kann. Zu fragen ist vielmehr: Verfügen wir über historisch gesicherte Erkenntnisse, die ein zuverlässiger Leitfaden bei der Bewältigung dieses Problems sind? Bei der Durchmusterung der Geschichte darf man nicht nur jeweils zeitbedingten Gesichtspunkten politischer Zweckmäßigkeit nachspüren, sondern eine solche Richtschnur muß in unserer Theorie fest verankert sein. Es geht um die wissenschaftliche Untersetzung des „Zwangs zur Vereinigung“. Die Antwort lautet: Ja, Genossen, diesen Leitfaden, nach dem es zu steuern gilt, besitzen wir.

### **Einheit mit Gegnern ist keine Einheit**

Ich will zunächst davon absehen, Autoritätsbeweise aus der Feder von Marx, Engels und Lenin ins Feld zu führen. Die Linkspartei bezieht sich bezüglich ihrer Herkunft sehr auf die deutsche Sozialdemokratie. Also beginne ich mit August Bebel. Am 4. Januar 1882, in einer Periode scharfer innerparteilicher Auseinandersetzungen, wie sich die Partei unter den Bedingungen des „Sozialistengesetzes“ sozial und politisch zu formieren habe, wandte er sich in einem Brief an Ignaz Auer. Dieses Schreiben hielt er später für so wichtig, daß er es in vollem Wortlaut in seine berühmten Erinnerungen „Aus meinem Leben“ aufnahm. Bebel betonte: „Der Differenzpunkt liegt nicht darin, ob in fünf Jahren eine Revolution ausbricht. Darüber mag man sich streiten, ein Spaltungsgrund ist es nicht, es wäre wenigstens großer Unsinn, einen daraus zu machen. Der Differenzpunkt liegt vielmehr in der ganzen Auffassung der Bewegung als Klassenbewegung, die große, weltumgestaltende Ziele hat und haben muß und deshalb keinen Kompromiß mit der herrschenden Gesellschaft eingehen

kann und, wenn sie es täte, einfach zugrunde ginge respektive in neuer Gestalt und von der bisherigen Führerschaft befreit sich regenerierte.“ (August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften. Band 6. Berlin 1983, S. 653 f.)

Das bedarf keines Kommentars. Ich unterstreiche lediglich: Hier ist von der prinzipiellen Absage an einen „Kompromiß mit der herrschenden Gesellschaft“ die Rede und keineswegs von alltäglichen und häufig unumgänglichen politischen Kompromissen, die sich aus der jeweiligen realen Kräftekonstellation ergeben und über deren Unvermeidlichkeit sich August Bebel völlig im klaren war.

Als weiteren Kronzeugen nenne ich Wilhelm Liebknecht. Am 10. August 1899 nahm er zur „Frage der Einheit und Einigung“ grundsätzliche Stellung. Der Eintritt eines Sozialisten – des Franzosen Millerand – als Minister in eine bürgerliche Regierung und der aufflammende „Revisionismusstreit“ in der SPD veranlaßten ihn dazu. Adressiert war das Schreiben an den Kongreß der französischen Arbeiterpartei in Epernay. Liebknecht unterstrich: „Die Antwort wird mir diktiert durch die Prinzipien und die Interessen der Partei. Ich bin für die Einheit der Partei – für die nationale und internationale Einheit der Partei. Aber es muß die Einheit des Sozialismus sein. Die Einheit mit Gegnern, mit Leuten, die andere Ziele und andere Interessen haben, ist keine sozialistische Einheit. Wir müssen unsere Einheit um jeden Preis und mit allen Opfern erstreben. Aber damit wir uns einigen und organisieren können, haben wir aller fremden und feindlichen Elemente uns zu entledigen. ... Auf dem Boden des Klassenkampfes sind wir unbesiegbar; verlassen wir ihn, so sind wir verloren, weil wir keine Sozialisten mehr sind. Die Kraft und Macht des Sozialismus besteht in der Tatsache, daß wir einen Klassenkampf führen, daß die arbeitende Klasse durch die Kapitalistenklasse ausgebeutet und unter-



**Walter Ulbricht und Otto Grotewohl zu Besuch bei Genossenschaftsbauern**

drückt wird und daß in der kapitalistischen Gesellschaft wirksame Reformen, welche der Klassenherrschaft und Klassenausbeutung ein Ende machen, unmöglich sind.

Wir können nicht mit unseren Prinzipien schachern, wir können keinen Kompromiß, keinen Vertrag mit dem herrschenden System schließen. Wir müssen mit dem herrschenden System brechen, es auf Leben und Tod bekämpfen. Es muß fallen, damit der Sozialismus siegen kann; und von der herrschenden Klasse können wir doch wahrhaftig nicht erwarten, daß sie selber sich und ihrer Herrschaft den Gnadenstoß gibt. Die Internationale Arbeiter-Assoziation hat deshalb den Arbeitern gepredigt: die Befreiung der Arbeiterklasse



**Komplexbrigade vom Jugendofen „Lenin“ in der Karbidfabrik der Chemischen Werke Buna in Schkopau (1959)**

kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.“ (Kein Kompromiß – Kein Wahlbündnis. In: Wilhelm Liebknecht, Kleine politische Schriften. Leipzig 1976, S. 302 f.)

Das ist Wilhelm Liebknechts politisches Testament. Wenn nun einer von uns heute dasselbe sagt, kann er gewiß sein, von Lederer, Liebich, Bartsch, Brie und Ihresgleichen als „unverbesserlicher Stalinist“ beschimpft zu werden. Ich spreche da aus Erfahrung. Das ist Verleumdung und abgrundtiefe Verlogenheit. Ich werde darauf zurückkommen.

Vor die Alternative gestellt, sich für Bebel und Liebknecht auf der einen Seite oder für das „Forum Demokratischer Sozialismus“ in der PDL andererseits zu entscheiden, sollte die Wahl nicht schwerfallen. Schon die Selbststachtung gebietet, sich nicht mit Krethi und Plethi gemein zu machen.

Bei der Linkspartei müssen wir aber immer im Auge haben: Die Mehrheit dieser Partei stellen ehrliche Genossen. Sie meinen, ihrer Partei die Treue halten zu müssen. Solche Haltung, die wir auch aus Kreisen der SPD kennen, darf man keineswegs geringschätzen oder gar verächtlich abtun. Diese Genossen sind insofern im Recht, als ein Rückzug mit wenigen Vertrauten an den Kaffeetisch, um nur noch über die schlechten Zeiten zu räsonieren, in der Tat kein zu verantwortendes politisches Verhalten ist. Doch in der bisherigen Programmdenbatte haben sich diese Genossen, mit denen wir uns verbunden fühlen, offenkundig nicht durchsetzen können.

### **Wölfe und Schafe auf grüner Wiese vereint?**

Woran liegt das? Wir haben erlebt, wie 1989 flugs manch vormalig marxistisch-leninistischer Politökonom, Soziologe oder Historiker in einem solchen Tempo zum klassenneutralen „Zivilisationsforscher“ mutierte, daß es einem schier die Sprache verschlug. Propagandisten des „dritten Weges“ haben beträchtlichen Schaden angerichtet. Wenn sie sich darauf beschränken würden, Monopol- und Finanzkapitalisten mit ihrer Botschaft zu beglücken, wieviel „besser“ und „gerechter“ die Welt wäre, wenn diese sich von der „Profitlogik“ abkehrten, müßte uns das nicht beunruhigen. Ihre religiös anmutende „Vision“, Wölfe und Schafe würden schließlich friedlich vereint auf grüner Wiese saftige Gräser äsen, ist so absurd, daß sie bei Kapitalisten nur Verachtung hervorruft. Exponenten des Kapitals werden stets durch eindeutiges Handeln solche Traumtänzer in die Schranken weisen.

Sie lassen keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie ihr „Recht auf Ausbeutung“ als das alles überragende „unveräußerliche Menschenrecht“ betrachten. Denn sie wissen natürlich, daß die friedliche Idylle von Wolf und Lamm seit an Seit voraussetzt, die Wölfe würden zuvor zu Vegetariern. Sie sind aber keineswegs gewillt, durch solch artfremde Ernährung kollektiven Selbstmord zu begehen.

Wenn jedoch opportunistischer Schwachsinn breitere Schneisen ins Bewußtsein Werktätiger schlägt, dann geht uns das sehr wohl an. Der Volksverdummung durch sozialreformistische Illusionen müssen wir entgegenwirken. Da geht es nicht ums Ob, sondern nur um das Wie.

Nun höre ich schon den Einwand, ich hätte das wohl etwas scharf formuliert. Der Programmentwurf der PDL erwähne doch Marx und Engels. Sei es nicht kühn, wenn dort geschrieben steht, man schließe im friedlichen und organischen „transformatorischen“ Fluß hin zum demokratischen Sozialismus – wenn es sich nicht vermeiden lasse – sogar „Brüche und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe“ nicht völlig aus. Und schließlich zeige man den herrschenden Kreisen doch die geballte Faust mit dem rebellischen Kampfrufer, der Kapitalismus sei „nicht das Ende der Geschichte“.

Gemach, Genossen! Auch Kapitalisten wissen sehr wohl, daß ihre Gesellschaftsformation revolutionären Ursprungs ist. Sie sind zudem seit Jahren eifrig dabei, den Mythos der Revolution linken Kräften



**Ernte in einer LPG im Landkreis Potsdam (1962)**

zu entreißen und für sich zu okkupieren. Beharrlich arbeiten sie daran, sich als Vorkämpfer geschichtlichen Wandels zu maskieren. Dabei kommt es ihnen natürlich zupaß, wenn Sozialreformisten die Große Sozialistische Oktoberrevolution, die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und der anderen sozialistischen Staaten als „Irrwege“ diffamieren und die proletarische Revolution ins Museum der Altertümer verbannen. Ich verweise auf die diversen als „Blumenrevolutionen“ getarnten Konterrevolutionen und auf die Schnelligkeit, mit der kapitalistische Politiker und Ideologen sich angesichts bedeutsamer Vorgänge im Nahen Osten in die Toga revolutionärer Erneuerer hüllten.

Festzuhalten bleibt zudem: Auch der Sozialismus und nicht einmal der Kommunismus, soweit wir ihn heute in seinen Umrissen zu erkennen vermögen, markieren ein „Ende der Geschichte“. Im Gegenteil, Marx und Engels haben klargestellt: Die eigentliche Geschichte der Menschheit werde damit erst eingeläutet. Der vermeintlich kühne und mit trotzigem Gestus in die Welt gesetzte Ausruf, Kapitalismus sei nicht das Geschichtsfinale, entpuppt sich als Banalität.

## Auf dem Niveau von Bad Godesberg

Liebe Genossen der Linkspartei, wir bitten euch: Laßt euch nicht blenden, und geht beim Studium des Programmentwurfs der Sache auf den Grund! Dann werdet ihr erkennen: Seine weltanschauliche Substanz entspricht etwa dem Niveau des Godesberger Programms der SPD aus dem Jahre 1959. Dessen solltet ihr euch bewußt sein, wenn der bevorstehende Parteitag dieses Dokument absegnet und ihr danach zum Mitgliederentscheid gerufen werdet. Der Grundsatzteil des Programmentwurfs verdeutlicht: Die Linke soll keine marxistische Partei sein.

Also Genossen, flüchtet Euch nicht in die Behauptung, alle Beteiligten seien besten Willens und guten Glaubens. Das kennen wir schon. Auch 1989 sei es ja nur um eine „bessere DDR“ gegangen. Aber dann habe man bitter enttäuscht erleben müssen, wie dunkle Mächte alle guten Absichten durchkreuzten. Nein, Genossen! Auf dem rechten Flügel der PDL konstatieren wir Berechnung und Vertuschung wider besseres Wissen. Das darf nicht verschwiegen werden mit dem Argument, es auszusprechen schade der Einheit. Wer leichtfertig darauf hereinfällt, dem kann ich – sofern es sich um Unwissenheit handeln sollte – einen moralisch mildernden Umstand zubilligen. Aber politisch laufen die Dinge auf dasselbe hinaus. Da zählen am Ende nur Fakten. Wer sehenden oder träumenden Auges in die Irre geht, soll hinterher nicht klagen, er habe sich doch nicht verirren wollen.

Wie singt Peachum im ersten Finale von Brechts „Dreigroschenoper“?

*Die Welt ist arm, der Mensch ist schlecht.  
Wir wären gut – anstatt so roh  
Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so.*

Wir werden eine solche Haltung, liebe Genossen der Linkspartei, nicht kommentarlos hinnehmen. Wir wollen am Ende nicht erneut hören, man habe doch stets nur das Gute und Schöne erstrebt; bedauerlicherweise hätten sich die Tatsachen aber nicht nach den edlen Wünschen gerichtet. „Um so schlimmer für die Tatsachen!“ – werden



**Physikstudenten mit ihrem Dozenten während eines Seminars an der Pädagogischen Hochschule Potsdam (1971)**

die Satiriker rufen. Deshalb eine klare Ansage: Ein Programm dieses Zuschnitts, dem wir – ich wiederhole es – in den meisten konkreten Forderungen zustimmen, können wir in seiner Grundausrichtung nicht billigen.



**Volksbildungsministerin Margot Honecker im Kreise Junger Pioniere**

Auch hierzulande sind Politiker und Ideologen des Monopolkapitals unermüdlich dabei, die Konterrevolution in eine Revolution umzufälschen. Im Internet findet man einen aufschlußreichen Text des Zeithistorikers Professor Martin Sabrow. Er war ab 2005 Vorsitzender der „Expertenkommission zur Erarbeitung einer Gesamtkonzeption für einen Geschichtsverbund ‚Aufarbeitung der SED-Diktatur‘ der Bundesregierung“. Sein Vortrag auf einem Kolloquium in Münster am 11. Oktober 2008 trägt den Titel: „Der ostdeutsche Herbst 1989 – Wende oder Revolution?“ Die Kernaussage lautet: „Eine scheiternde Revolution wird in den hergebrachten Mustern der Weltorientierung als Hochverrat verhandelt; eine siegreiche Revolution aber setzt mit der historischen Zäsur zugleich neue normative Maßstäbe des Handelns und des Denkens, die sich aus den alten Verhältnissen nicht hätten ergeben können.“

## Konterrevolution wird als Revolution ausgegeben

Herr Sabrow hat die Grundlinie der Anti-DDR-Hetze festgezurr. Er hat klargestellt, daß man nur so – durch Umfälschen der sogenannten Wende in eine Revolution – die Akteure der Konterrevolution vom Odium des Hochverrats befreien könne. Und sein Satz enthält zugleich ein bemerkenswertes Eingeständnis: Um den Vorwurf des Hochverrats zu untermauern, müsse man sich keineswegs allein auf die Verfassung der DDR und auf den Paragraphen 96 des Strafgesetzbuchs der DDR berufen. Nein, das „Muster der Weltorientierung“ gebe das so vor.

Das ist richtig. Man vergleiche nur die Paragraphen 81 und 82 des Strafgesetzbuches der Bundesrepublik sowie die einschlägigen Gesetzesnormen Österreichs und der Schweiz. Wie überall auf dem Erdenrund gelten ernstzunehmende Angriffe auf den verfassungsmäßigen Bestand des Staates – einschließlich seiner territorialen Integrität – als die schwersten Straftaten überhaupt. Sie werden in der BRD mit lebenslanger Haft, mindestens jedoch mit Freiheitsstrafen nicht unter zehn Jahren sanktioniert. Wer von einem Vorhaben bzw. der Ausführung eines Hochverrats erfährt und dies nicht unverzüglich anzeigt, muß mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bzw. hohen Geldstrafen rechnen.

Nun werden viele Mitglieder der PDL wie wir der Meinung sein, daß der am 3. Oktober 1990 vollzogene „Anschluß“ und seine Vorbereitung

durch die nach den Märzahlen 1990 gebildete Regierung konterrevolutionärer Hochverrat waren.

Wie verhält es sich aber mit der davor liegenden Periode seit Anfang Dezember 1989?

Rekapitulieren wir die Fakten: Am 1. Dezember 1989 beschloß die Volkammer die Streichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der SED aus der Präambel der DDR-Verfassung. Das geschah – vergessen wir das nicht – auf Vorschlag der SED-Fraktion. Wenige Tage danach verdamnte der Außerordentliche Parteitag der nun als SED-PDS firmierenden Partei im Brustton der Empörung die frühere Führung der SED vor allem mit der Begründung, sie sei sträflicherweise nicht der Linie Gorbatschows gefolgt. Vollzogen wurde der viel gerühmte „endgültige und unumkehrbare Bruch mit dem Stalinismus als System“.

Da die SED und die DDR weder sibirische Straflager unterhielten, in denen unbestreitbar auch viele Unschuldige umgekommen sind, noch die Erschießung gefangengenommener polnischer Offiziere in Katyn zu verantworten haben und auch nicht für jede Maßnahme der sowjetischen Besatzungsmacht in Haftung zu nehmen sind, ist es wohl angebracht, nach dem eigentlichen Inhalt dieses „Bruchs“ zu fragen. Ordentliche Gerichte klären so etwas auf, indem sie die Einlassungen der Beteiligten mit ihren Taten abgleichen.

### Preisgabe sämtlicher DDR-Errungenschaften

„Schlüssiges Handeln“ offenbart die Wahrheit: Es folgte unverzüglich die Entwaffnung der Arbeiterklasse der DDR, speziell der Kampfgruppen. Zerschlagen wurden die Betriebsparteiorganisationen der SED, die das Rückgrat der Partei bildeten. Dann wurden wir „in historischer Mission“ mit der Losung „Deutschland einig Vaterland!“ beglückt. Das war angesichts der entstandenen Kräftekonstellation nichts anderes als der Kniefall vor dem deutschen Imperialismus und



**Soldaten der NVA nach der Rückkehr von einem Manöver**

die Ausrichtung auf Preisgabe der DDR. Schließlich folgte, wenige Wochen vor den Märzahlen, über deren Ausgang Zweifel kaum noch möglich waren, die Bildung der „Treuhandaanstalt“. Damit wurde das von allen DDR-Bürgern in mehr als vier Jahrzehnten erarbeitete Eigentum des Volkes zur Disposition gestellt.

Nun wissen wir, daß neben der Machtfrage dem Volkseigentum der höchste Rang in der DDR-Verfassung eingeräumt war. Es hieß dort in Artikel 9, Absatz 1: „Die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik beruht auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln.“ Und in Artikel 12, Absatz 1 – wohlgemerkt in

der im Gegensatz zum BRD-Grundgesetz 1968 durch Volksentscheid bestätigten Fassung – war festgeschrieben: „Die Bodenschätze, die Bergwerke, Kraftwerke, Talsperren und großen Gewässer, die Naturreichtümer des Festlandsockels, größere Industriebetriebe, Banken und Versicherungseinrichtungen, die volkseigenen Güter, die Verkehrswege, die Transportmittel der Eisenbahn, die Seeschifffahrt sowie die Luftfahrt, die Post- und Fernmeldeanlagen sind Volkseigentum. Privateigentum daran ist unzulässig.“

Die Folgen des eklatanten Verfassungsbruchs muß ich hier nicht erläutern. Vermerken will ich jedoch: Ich empfinde immer Bitterkeit, wenn ich in Dokumenten der PDS und nun der PDL lese, wie entschlossen sie sich für die Stärkung öffentlichen Eigentums einsetzen. Natürlich unterstütze ich das. Es jedoch als zielgerichteten Schritt hin zum „demokratischen Sozialismus“ zu bejubeln, ist mir angesichts der damaligen Abläufe – ehrlich gesagt – nicht möglich. Denn Anfang April 1990 hat schließlich eine „Arbeits- und Expertengruppe des Runden Tisches ‚Neue Verfassung der DDR‘“ einen Entwurf vorgelegt, in dem sämtliche sozialistischen Elemente getilgt waren. In dieser Gruppe war wiederum die PDS vertreten.

Ich kann nicht umhin, wenn ich die Monate ab Dezember 1989 Revue passieren lasse, zu fragen: War das nicht zumindest Beihilfe zu dem, was anschließend geschah?

Es ist natürlich zu vermerken: Wer angesichts eines übermächtig gewordenen Feindes – zumal wenn er von seinem mächtigsten Verbündeten verraten wird – eine schwere Niederlage einstecken muß, darf nicht gleich verurteilt werden. Erinnern wir daran: Die Kämpfer der Kommune wurden geschlagen. Spartakus unterlag 1919. Die Sowjetmacht mußte 1918 in Brest-Litowsk einen unerhört schweren, von gewaltigen Opfern begleiteten Friedensvertrag mit dem imperialistischen Deutschland unterzeichnen. Die Spanische Republik hat den Bürgerkrieg in den dreißiger Jahren nicht für sich zu entscheiden vermocht. Kein Marxist wird auf die Idee kommen, sie deshalb zu schmähen.

Wer aber widerstandslos aufgibt und sich anschließend gar noch brüstet, den Niedergang mit eingefädelt zu haben, gehört nicht in diese ruhmvolle Reihe.

Diese Schande wird uns lange belasten. Wir sagen deshalb den Rechten in der Linkspartei: Ihr könnt euch auf Bernstein und den alten Kautsky – allerdings nicht auf den jüngeren – berufen. Auch Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer und Willy Brandt dürft ihr zu den Euren zählen. Andere keineswegs. Wer aus Überzeugung zum Sumpf strebt, den können und wollen wir nicht aufhalten.

Den meisten Mitgliedern der PDL dagegen reichen wir die Hand, auch wenn in dieser oder jener Frage Meinungsverschiedenheiten auszutragen sind. Schlagt ein, wie Kommunisten und Sozialdemokraten es mit großer Mehrheit 1946 getan haben. Dann könnt auch ihr euch auf Karl Marx und Friedrich Engels, auf August Bebel, auf Wilhelm und Karl Liebknecht, auf Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann, auf Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck berufen. So seid ihr keine Anbeter der Spontaneität, die an linkssozialistische und kommunistische Bewegungen lediglich „anknüpfen“, wie es im Programmtext der PDL formuliert ist. Dann steht ihr mit uns in einer klar definierten unmißverständlichen Tradition.

### Die PDL hat sich vom Marxismus abgesetzt

Der Soldat – sagt man – ist nach der Schlacht klüger als der General vor der Schlacht. Das ist einleuchtend, denn er weiß ja nun, was am Ende herausgekommen ist. Wertungen des Geschichtsverlaufs sind



**Fünf beherzte Abgeordnete der damaligen PDS-Fraktion bereiteten USA-Präsident George W. Bush 2002 im Bundestag einen heißen Empfang**



**Mitglieder der PDL-Fraktion ehren die auf Anforderung von Bundeswehr-Oberst Klein im afghanischen Kundus massakrierten Männer, Frauen und Kinder**

sehr bedeutsam für die Gegenwart und die Zukunft. Alle Etappen der Entwicklung der Arbeiterbewegung und des Sozialismus müssen unter drei Gesichtspunkten geprüft werden; erstens: Was war richtig und ist deshalb unbedingt zu bewahren?; zweitens: Welche Defizite gab es?; und schließlich drittens: Was hat sich als nicht zu rechtfertigender Fehler erwiesen? Die Tücke liegt nun allerdings darin: Jede Einseitigkeit bei der Interpretation dieser Faktoren führt letztlich zu unterschiedlichen oder sich klassenmäßig sogar ausschließenden Konsequenzen.

Ich will in diesem Zusammenhang auch nicht verschweigen, daß manch zeitgenössische Publikation mit dem Duktus, „Wenn ihr nur auf mich gehört hättet, wäre alles gut gegangen!“, bei mir einen sehr schalen Nachgeschmack hinterläßt.

Es gehört kein besonderer Scharfsinn dazu, zu erkennen: Die Linkspartei hat sich vom Marxismus abgesetzt. In der Staats- und Eigentumsfrage wird das sehr deutlich. Lobhudelei und Verharmlosung der „sozialen Marktwirtschaft“ – von Ludwig Erhard einst unter dem Patronat eines führenden Mannes des SS-Sicherheitsdienstes im Angesicht der bevorstehenden Niederlage des deutschen Faschismus konzipiert, um der Gefahr einer sozialistischen Revolution zu begegnen – lassen diesbezüglich keine Fragen offen. Erhards Schutzherr hieß Otto Ohlendorf. Dieser Kriegsverbrecher war als Kommandeur der „Einsatzgruppe D“ verantwortlich für die Ermordung von 90 000 Männern, Frauen und Kindern im Süden der Sowjetunion. Er wurde 1951 – bezeichnenderweise gegen den Willen der Adenauer-Regierung – von den Amerikanern in Landsberg am Lech gehängt. Die BRD war in allen Phasen ihrer Existenz eine vom Monopolkapital beherrschte, auf kapitalistischem Eigentum – auf Ausbeutung – beruhende Gesellschaft. Das ist unbestreitbar.

Wir haben nun im Verlauf der Programmdebatte gesehen, daß die PDL faktisch aus zwei, und wenn man die Ost-West-Querelen hinzunimmt, vielleicht sogar aus drei Parteien unterschiedlichen Zuschnitts besteht. Einäugig wäre es, sich nur der Betrachtung einer dieser Strömungen zuzuwenden.

Marx und Engels haben in ihrem berühmten Rundschreiben an Bebel, Liebknecht, Bracke und andere vom 17. und 18. September 1879 den Kern des Rechtsopportunisten benannt: Auf dem Papier werde der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie zwar anerkannt. In der Praxis wird jedoch er „vertuscht, verwaschen, abgeschwächt“. Im Programmwurf der PDL ist nun lediglich noch

verschämt von Klassen die Rede, der Klassenkampf jedoch ist eliminiert. „Die sozialdemokratische Partei“, so Marx und Engels, „soll keine Arbeiterpartei sein, sie soll nicht den Haß der Bourgeoisie oder überhaupt jemandes auf sich laden; sie soll vor allem unter der Bourgeoisie energische Propaganda machen; statt auf weitgehende, die Bourgeoisie abschreckende und doch in unsrer Generation unerreichbare Ziele Gewicht zu legen, sie soll lieber ihre ganze Kraft und Energie auf diejenigen kleinbürgerlichen Flickreformen verwenden, die der alten Gesellschaftsordnung neue Stützen verleihen und dadurch die endliche Katastrophe vielleicht in einen allmählichen, stückweisen und möglichst friedfertigen Auflösungsprozeß verwandeln könnten.“ Marx und Engels erklärten: „Was uns betrifft, so steht uns nach unsrer ganzen Vergangenheit nur ein Weg offen. Wir haben den Klassenkampf seit fast 40 Jahren als nächste treibende Macht der Geschichte, und speziell den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als den großen Hebel der modernen sozialen Umwälzung hervorgehoben; wir können also unmöglich mit Leuten zusammengehen, die diesen Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen.“ (MEW, 34/406 f.)

### **Theoretische Grundlagen sind Dreh- und Angelpunkt**

1903 schrieb Lenin einen „Brief an die Redaktion der ‚Iskra‘“. Er betonte: „Auf die Frage: ‚Was man nicht tun darf‘ (was man im allgemeinen nicht tun darf, und was man nicht tun darf, um keine Spaltung hervorzurufen), würde ich vor allem antworten: Der Partei die entstehenden und sich verstärkenden Anlässe zur Spaltung nicht verhehlen, nichts von den Umständen und Vorgängen verhehlen, die solche Anlässe darstellen. Ja, mehr als das, sie nicht nur der Partei, sondern nach Möglichkeit auch dem außenstehenden Publikum nicht verhehlen.“ (LW, 7/107) Und nach der Niederlage der Revolution von 1905, als sich in der russischen Arbeiterbewegung – wie heutzutage auch hierzulande – Niedergeschlagenheit, Zerfahrenheit, Sektenwesen und gar idealistische „Gottbildnerie“ verbreiteten, lesen wir: Über eine „Krise des Marxismus“, die in Perioden des Niedergangs, aus der ganzen gesellschaftlichen und ökonomischen Situation erwache, dürfe man – so Lenin Ende 1910 – „nicht mit einer Handbewegung hinweggehen. Es gibt nichts Schädlicheres und Prinzipienloseres als Versuche, diese Fragen mit Phrasen abzutun. Es gibt nichts Wichtigeres als den Zusammenschluß aller Marxisten, die die Tiefe



der Krise und die Notwendigkeit, sie zu bekämpfen, erkannt haben, um die theoretischen Grundlagen des Marxismus und seine Fundamentalsätze zu verteidigen, welche von ganz entgegengesetzten Seiten her, infolge der Ausbreitung des bürgerlichen Einflusses auf die verschiedenen ‚Mitläufer‘ des Marxismus, verzerrt werden. ... Die bürgerliche Presse erzeugt in dieser Beziehung viel mehr irri- ge Ansichten als früher und verbreitet sie in weiteren Kreisen. Ein Zerfall innerhalb des Marxismus ist unter solchen Umständen besonders gefährlich. Die Ursachen für die Unvermeidlichkeit dieses Zerfalls in der gegenwärtigen Zeit zu begreifen und sich zu seiner konsequen- ten Bekämpfung zusammenzuschließen ist deshalb für die Marxisten im unmittelbarsten und genauesten Sinne des Wortes die Aufgabe der Epoche.“ (LW, 17/27 f.)

Genossen, die Ausrichtung unseres „RotFuchs“, sowohl der Zeitschrift als auch des Fördervereins, kann man meines Erachtens nicht besser definieren. Das ist der Dreh- und Angelpunkt!

Lenins Hinweis, der Kampf um die Einheit müsse aus den theoretischen Grundlagen des Marxismus heraus begründet werden, ist von prinzipieller Bedeutung. Gestattet deshalb einen Exkurs. Wer die Vereinigung will – und wir wollen sie –, muß fähig sein, eine der aktuellen Lage entsprechende Eingrenzung jener grundlegenden Themen vorzunehmen, über die man Übereinstimmung erreichen muß, will man nicht nur ein lockeres und jederzeit wieder vom Auseinanderbrechen bedrohtes Gebilde scheinbarer Eintracht schaffen. Wir wollen doch eine kampffähige Organisation, einig im Geist und ihren Zielen, mit bewußter Disziplin, und nicht einen sozialdemo- kratischen Wahlverein.

Das verlangt aber zugleich, sich darüber zu verständigen, welche



**Widerstandsheld Peter Gingold (DKP), dessen Familie in Auschwitz ermordet wurde, kämpfte in der französischen Résistance**

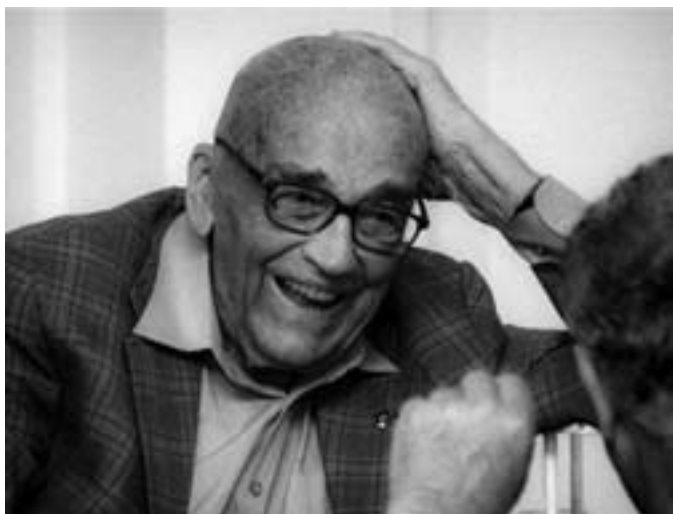
Hauptwerks hervorgehoben, das Beste an seinem Buch sei, neben der Klärung des Doppelcharakters der Arbeit – und nun zitiere ich wörtlich – „die Behandlung des Mehrwerts unabhängig von seinen besondern Formen als Profit, Zins, Grundrente etc. Namentlich im zweiten Band wird sich dies zeigen. Die Behandlung der besondern Formen in der klassischen Ökonomie, die sie beständig mit der all- gemeinen Form zusammenwirft, ist eine Olla Potrida.“(ein Misch- masch). (MEW, 31/326)

Abstraktion heißt, zunächst die im gegebenen Zusammenhang nachrangigen Felder auszublenden. Zugleich verdeutlichte Marx, solche Fragen seien allerdings nur im ersten grundlegenden Schritt zweit- oder dritrangig, in anderem Zusammenhang jedoch durchaus gewichtig. Es geht also um Wesen und Erscheinung in unterschied- lichen Etappen. Ohne solche Abstraktion hätte Marx den Urgrund kapitalistischer Ausbeutung mit seiner Mehrwerttheorie nicht frei- legen können. Er wäre – wie die bürgerlichen Ökonomen – ständig über das Zusammenwerfen der Sphären der Produktion, der Zirkulation und der Distribution gestolpert.

### Das entscheidende Kettenglied erfassen

Machen wir uns klar, daß dieses Prinzip nicht nur auf dem Felde der Ökonomie gilt, sondern ebenso in der Politik. Anders kann Politik als Wissenschaft und Kunst nicht gemeistert werden, und man ist unfähig, der Leninschen Forderung zu entsprechen, das jeweils ent- scheidende Kettenglied zu packen, welches den Besitz der ganzen Kette garantiert.

Was gehört gegenwärtig auf den ersten Rang und was nicht? Ich möchte meine Ansicht dazu am Beispiel der Debatten um die Rolle bedeutender Repräsentanten der Arbeiterbewegung verdeutlichen. Klarheit über Rosa Luxemburg gehört hierzulande unbedingt – und nicht nur heute – zum ersten Rang. Es gilt, entschieden dagegen anzukämpfen, diese glühende Revolutionärin in eine Kronzeugin des Sozialreformismus, eine „Dutzendliberale“, zu verwandeln und so das Andenken der Mitbegründerin der KPD zu schänden. Wenn sie in breiten Kreisen nur noch mit ihrer niemals zur Veröffentlichung bestimmten Gefängnis-Randnotiz über „die Freiheit der Andersden- kenden“ wahrgenommen wird, haben wir nicht nur ein Gefecht, son- dern eine Schlacht verloren. Lenin schrieb, es könne schon einmal



**Der 96jährige Walter Ruge (PDL), der sich viele Jahre als angeblicher Volksfeind in einem sibirischen Lager befand, blieb der Sache des Marxismus-Leninismus treu**

zum Streit Anlaß bietenden Themen im gegebenen Zusammenhang erstangig und welche zunächst weniger wichtig sind und somit in der Rangfolge weiter hinten eingeordnet werden können. Das ist nicht nur eine Frage guten oder mangelnden politischen Willens. Es erfordert, sich bewußt auf die marxistische Erkenntnistheorie zu stützen. Jeder, der über einigermaßen solide Kenntnisse der poli- tischen Ökonomie verfügt, weiß: Man kann sich „Das Kapital“ von Karl Marx nicht erschließen, ohne die Methode der wissenschaftli- chen Abstraktion zu erfassen. Marx hat in einem Brief an Friedrich Engels zum Zeitpunkt der Fertigstellung des ersten Bandes seines

vorkommen, daß ein Adler niedriger fliege als ein Huhn – Hühner jedoch nie auf Adlershöhn. Er war es, der Rosa bescheinigte, ein Adler zu sein, „und nicht nur die Erinnerung an sie wird den Kommunisten ... immer teuer sein, ... sondern ihre Biographie und die vollständige Ausgabe ihrer Werke ... werden eine sehr nützliche Lehre sein bei der Erziehung vieler Generationen von Kommunisten in der ganzen Welt“. (LW, 33/195)



**Der Dichter Peter Hacks prägte das Wort „Wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR?“**

Müssen wir nun alle Führungspersönlichkeiten der internationalen Arbeiterklasse unter dem Gesichtspunkt der hier und jetzt zu lösenden Aufgaben in gleicher Weise auf den ersten Rang setzen und unsere ganze Kraft auf die Analyse ihrer Leistungen beziehungsweise Fehlleistungen konzentrieren? Das müssen wir keineswegs. Mehr noch: Wir dürfen es auch nicht.

Natürlich bin ich mir als Historiker der Tatsache bewußt, daß man Persönlichkeiten in ihre Zeit setzen muß und nur vor diesem Hintergrund ihre jeweiligen Stärken und Schwächen bewerten kann. Das gilt für Napoleon und für Bismarck. Und natürlich gilt das ebenso für Stalin, Mao Zedong, Nikita Chruschtschow, auch für Trotzki, Tito, Kim Il Sung oder Enver Hodscha. Für jeden, der eine historische Studie über entsprechende Länder oder gar eine Biographie einer dieser Persönlichkeiten zu schreiben beabsichtigt, ist das unbestritten von erstrangiger Bedeutung. Doch wir sind ja hier nicht als ein Klub von Historikern oder Biographen zusammengekommen, sondern es geht uns um die Vereinigung aller deutschen Marxisten.

Es gibt in unserem Land – neben der Deutschen Kommunistischen Partei – eine Vielzahl marxistischer oder sich als marxistisch empfindender Gruppen. Aufzählen muß ich sie nicht. Man sollte sich vergegenwärtigen: Es ist für sie verführerisch, ihre Alleinstellungsmerkmale

zu betonen. Dabei spielen differierende Berufungen auf Persönlichkeiten eine ziemlich große Rolle. Ich will das nicht kleinreden. Ich halte es im Gegenteil angesichts der drängenden Probleme, die wir jetzt bewältigen müssen, für ernste Fehler. Man fügt den genannten Personen kein Unrecht zu, wenn man Meinungsverschiedenheiten zu ihrer historischen Bedeutung erst etwas später austrägt. Auf keinen Fall dürfen solche Differenzen – heute in unserem Land – unübersteigbare Hürden auf dem steinigen Vereinigungsweg aufhäufen. Sie sind kein Trennungsgrund, genausowenig wie für August Bebel die Frage, ob in wenigen Jahren die Revolution ausbreche oder noch nicht, ein Spaltungsgrund war. Wir müssen um des großen Zieles willen fähig sein, uns im oben geschilderten Sinn auf eine Rangfolge festzulegen, in dem Bewußtsein, daß aufgeschoben ja nicht aufgehoben heißt.

Denn die Lage ist ernst. Hans-Werner Sinn, Chef des Münchner Ifo-Instituts und gewiß keiner unserer Freunde, warnt: Die Politiker „befürchten eine Destabilisierung der Märkte. Aber sie fürchten sich offenbar nicht vor einer Destabilisierung unseres Staatswesens, die sie für die nachfolgenden Legislaturperioden einleiten, indem sie



**Die Intendantin des Berliner Ensembles Prof. Helene Weigel**

überdimensionierte Rettungspakete schnüren. ... Das Geld wächst schließlich nicht auf den Bäumen. Die Summen, die man beisteuern muß, um die Kurse der Staatspapiere trotz der schwindenden Bonität einzelner Länder zu halten, sind unermesslich. ... Faktum ist jedenfalls, daß Deutschland seit Mitte der 90er Jahre das zweitniedrigste Wachstum in Europa hatte, vom dritten auf den zehnten Platz beim Bruttoinlandsprodukt in Europa zurückfiel und die niedrigste Investitionsquote aller Länder innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hatte. Zwei

Drittel der deutschen Ersparnisse, über 1000 Milliarden Euro, flossen aus Deutschland heraus, statt in Deutschland in Straßen, Brücken, Fabriken und Maschinen und damit letztlich in Arbeitsplätze investiert zu werden. Und heute müssen wir bangen, ob das Geld je wieder zurückkommt.“ (Die Bastion ist gefallen. „Märkische Allgemeine Zeitung“, 25. Juli 2011, S. 6.)

„Nicht wieder zurückkommendes Geld“ wird eingetrieben. Bei wem wohl? Letztlich immer bei hiesigen Steuerzahlern und Bedürftigen. Die Konsequenzen sind absehbar. Wir sollten uns nicht in der Illusion wiegen, wachsender Unmut werde automatisch in einen „Schwenk nach links“ münden. Erfahrungen deutscher Geschichte wie gegenwärtige politische Entwicklungstrends in einer Reihe europäischer Staaten deuten eher in die andere Richtung.

### Ermutigende Anzeichen des Zusammenrückens

Zum Glück gibt es im Ringen um die Einheit ermutigende Anzeichen. Wir freuen uns, daß bei den vor und auf dem 19. Parteitag der DKP geführten Auseinandersetzungen um korrekte marxistisch-leninistische Positionen jene Genossen, welche revolutionäre Standpunkte vertreten und ein positives Verhältnis zur historischen Rolle der DDR besitzen, an Einfluß gewonnen haben. Sie meldeten sich nicht nur sehr hörbar zu Wort, sondern konnten auch ihr politisches Gewicht in den Leitungsgremien verstärken. Ihre Zeitschrift „Theorie & Praxis“ gewinnt in Ergänzung der in Essen erscheinenden Wochenzeitung UZ an Profil und Verbreitung. Beachtenswert sind auch jüngste Veröffentlichungen des DKP-Parteivorstandsmitglieds Hans-Peter Brenner in der „jungen Welt“, die der Verteidigung des revolutionären Erbes von Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci gegen dessen Mißbrauch durch die Opportunisten gewidmet waren.

Ich verweise auch auf die Thesen „Für eine vereinte kommunistische Partei in Deutschland“, die im Mittelpunkt einer wissenschaftlichen Beratung der Kommunistischen Initiative (Gera 2010) am 9. April 2011 standen. Insbesondere die Argumentation zur Dialektik von „Klarheit“ und „Einheit“ verdient es, sehr aufmerksam studiert zu werden.

Am 17. August fand in Dresden auf Einladung der Regionalorganisationen von DKP und KPD – mit Unterstützung der Kommunistischen Plattform der PDL und der dortigen Regionalgruppe des RF-Fördervereins – ein Rundtischgespräch über die zwingend notwendige Einheit statt. Dieser Kreis soll nun regelmäßig tagen. Er widmet der Aneignung und Vermittlung unserer marxistischen Weltanschauung große Aufmerksamkeit. In Dresden wirkt eine gemeinsam organisierte Marxistische Arbeiterschule. Der an der Dresdner Runde beteiligte Revolutionäre Freundschaftsbund (RFB) zeichnet sich zudem seit Jahren durch vorbildliche internationalistische Arbeit im Dreiländereck Tschechien – Polen – Deutschland aus.

Liebe Genossen, wir bestärken Euch in diesem Bemühen und erinnern uns daran, daß 1867 erstmals August Bebel und Wilhelm Liebknecht aus sächsischen Wahlkreisen in den Norddeutschen Reichstag entsandt worden sind.

Es ist auch nicht allein der Schönheit der Ostsee im Herbst geschuldet, daß wir heute in Rostock tagen. Wir würdigen die vielfältigen Aktivitäten unserer Rostocker Rotfüchse auf dem Felde der politischen Bildungsarbeit und bei der Zusammenführung unterschiedlicher linker Kräfte.

Wir wissen um ähnlich gute Erfahrungen unserer Bitterfeld-Wolfener Regionalgruppe. Sie arbeitet – was leider nicht überall möglich ist – mit den dortigen Genossen der Linkspartei vertrauensvoll



zusammen und führt regelmäßig gut besuchte gemeinsame kämpferische Veranstaltungen durch.

Genossen! Bei der Scheidung von vorrangigen und erst später zu klärenden Fragen kommt es darauf an, stets Tendenz und Ziele aller Beteiligten genau zu erfassen. Das macht Politik als Wissenschaft und Kunst in hohem Maße aus. Schroffe Ablehnung jedes Dialogs mit der Aufforderung, alle anderen bräuchten ja ihre Läden nur dichtzumachen und in den eigenen einzutreten – dann hätten wir die Einheit –, ist auf keinen Fall zu akzeptieren. Das lehrt uns die Erfahrung. Wenn wir jedoch Entwicklungsrichtung und Verantwortungsbewußtsein aller Beteiligten genau erfassen, werden wir die jeweils richtige Gangart finden. Wer auf verstepptem Land wieder Wald haben will, muß Schößlinge hegen und pflegen. Tun wir also unsere Pflicht! Wir müssen entschlossen handeln, denn wir haben angesichts der jetzigen Lage nicht beliebig viel Zeit.

Mit Genugtuung, Genossen, können wir festhalten: Unsere „Leitsätze“ haben sich als korrekte Orientierung erwiesen. Sie bedürfen auch in der jetzigen Krise keiner generellen Überarbeitung, von Präzisierungen einzelner Formulierungen einmal abgesehen. In einem Punkt allerdings, der den abschließenden Leitsatz betrifft, werde ich der Mitgliederversammlung, die im Oktober ansteht, den Vorschlag unterbreiten, eine substantielle Änderung vorzunehmen. Wir haben vor fünf Jahren begründet, unsere aktuelle Parole sei „Einigung, nicht Vereinigung“. Wir müssen das jetzt ändern. Unsere Losung soll realistisch sein und zugleich unmißverständlich die Richtung all unserer Bemühungen verdeutlichen. Sie muß lauten: „Einigung – mit dem Ziel der Vereinigung!“



**Grabstätte auf dem Londoner Highgate-Friedhof**

*Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.*



**Impressum**

„RotFuchs“, c/o Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)  
Rheinsteinstraße 10, 10318 Berlin  
Beilage zum „RotFuchs“ Nr. 165 (Oktober 2011)